

Appell an die deutsche Politik

von Judith Bernstein

Nach einer Informationstour durch Jerusalem und Ramallah in der zweiten Junihälfte 2010 haben Beobachtungen an den Checkpoints und bei Verhandlungen vor einem israelischen Militärgericht gegen junge Palästinenser sowie meine Besuche bei Demonstrationen in den Jerusalemer Stadtteilen Silwan und Sheikh Jarrach meine Befürchtungen übertroffen. Wenn ich nicht schon vorher an der Etablierung eines künftigen Staates Palästina mit der Hauptstadt in Ost-Jerusalem Zweifel gehabt hätte, so haben sie sich durch meine Eindrücke endgültig bestätigt.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bevor der Zorn und die Frustration unter den Palästinensern mit aller Heftigkeit explodieren werden. Alle Appelle von Präsident Machmud Abbas und Ministerpräsident Salam Fayyad an ihre Landsleute zur Gewaltlosigkeit werden neue Entladungen mit zahllosen Opfern nicht verhindern können. Wer den Checkpoint Qalandia in Richtung Ramallah passiert, liest auf einem großen Spruchband in hebräischen Lettern die politische Losung „Judäa und Samaria“. Auch in der arabischen Version ist die Westbank als „Judäa und Samaria“ ausgewiesen.



Erneut stellt sich die Frage, warum die Europäische Union und die deutsche Bundesregierung zögern, die israelische Politik zu drängen, dass diese Lesart eine Zweistaatenlösung hintertreibt und der israelische Grundsatz von den „disputed territories“ nicht hingenommen werden kann.

Die beigefügten Fotos verdeutlichen die Absurdität, dass die Schikanen der Sicherheit Israels dienen sollen.



Als Kollektivstrafe werden die Palästinenser in langen Schlangen festgehalten. Auch das endlose Warten auf Krankenwagen und die willkürliche Kassierung von Reisegenehmigungen für die Strecke zwischen Bethlehem und Ramallah haben mit Sicherheitsbedenken nichts zu tun. Junge Palästinenser werden wegen geringer Vergehen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, während bei Übergriffen israelischer Polizisten und Soldaten die unabhängige Untersuchung ausbleibt. Nach ihrer Entlassung dürfte ihr Weg in den Terrorismus vorgezeichnet sein. Wir selbst, meine politischen Freundinnen und ich, wurden in Qalandia festgehalten, weil wir dort fotografierten. Wollen die israelischen Behörden verhindern, dass die politische Wahrheit das Licht der Welt erblickt? Jede Woche fahren die Frauen von „Machsom Watch“ an die Checkpoints, doch nach zehn Jahren gestehen sie ein, dass sie wenig oder gar nichts erreicht haben.

Appell an die deutsche Politik

Die deutsche Nahostpolitik sollte stärker als bisher nicht nur die Regierungen im Auge haben, sondern offiziell und öffentlich auch den Dialog mit der politischen Opposition und mit allen Kräften der israelischen und der palästinensischen Zivilgesellschaft suchen. Mit seiner Bemerkung „Es ist fünf vor 12“ für Israel hat Bundesminister Dirk Niebel Anfang Juni Recht gehabt. Ich würde noch einen Schritt weitergehen: Es ist fünf nach 12. Denn bei Fortsetzung der jetzigen Siedlungspolitik verhindert Israel nicht nur einen palästinensischen Staat, sondern auch die einzige Lösung für Israel selbst als Nationalstaat mit jüdischer Mehrheit. Was bleibt also? Sollen beide Völker untergehen? Wenn die Bundesregierung es wirklich ernst meint mit „den besonderen Beziehungen“, dann sollte sie Israel vor dem Sturz in den Abgrund bewahren. Denn auch in der deutschen Politik gibt es keinen Zweifel mehr daran, dass eine auf Dauer

angelegte Existenz Israels von einem souveränen Staat Palästina an seiner Seite und vom Frieden mit den arabischen Nachbarstaaten abhängt.

Die Befürchtung, dass zu großer Druck Israel das Gefühl vermitteln, die ganze Welt sei gegen sie gerichtet („das Volk, das allein wohnt“, Num. 23,9) ist unbegründet, denn das behauptet Israel schon lange – und handelt dennoch gegen alle Regeln seines nationalen Interesses und des internationalen Rechts. Ich frage die politisch Verantwortlichen in unserem Lande, wie lange die Weltgemeinschaft dieses selbstzerstörerische Tun tolerieren will. Wenn dazu noch die Europäer die Regierung in Jerusalem gewähren lassen, wird diese keine Veranlassung sehen, sich der Notwendigkeit einer grundlegenden Umkehr zu stellen.

Entschiedene Einwirkung von außen ist gefordert. Schließlich liegt der Frieden auch im deutschen Interesse. Die Stimmung gegenüber Israel und mittlerweile gegenüber den Juden in der Bundesrepublik ist in teilweise höchst aggressive Tonlagen umgeschlagen (wie das Beispiel in Hannover gezeigt hat, als dort vor kurzem jüdische Kinder von moslemischen Gleichaltrigen angegriffen wurden). Wie soll das Zusammenleben zwischen Moslems, Juden und Christen funktionieren, wenn der Kernkonflikt des Nahen Ostens für Millionen Moslems heftige Solidarisierungsemotionen freisetzt? Auch deshalb sollte Europa nicht auf die USA warten, sondern selbst die Initiative ergreifen und sich nicht länger von Israel vorführen lassen.

München, 08. Juli 2010
